

RN/222

17.02

Abgeordneter Manuel Pfeifer (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung! Vor allem: Geschätzte Zuhörer! Angesichts der immer weiter steigenden Jugendarbeitslosigkeit in Österreich und der damit einhergehenden Probleme sehe ich mich dazu verpflichtet, die Budgetpolitik der Bundesregierung insbesondere im Bereich der Lehre kritisch anzusprechen.

Im Jahr 2023 ist die Zahl der Lehrstellensuchenden um 5,6 Prozent gestiegen, während gleichzeitig die Zahl der offenen Lehrstellen um 7,2 Prozent zurückgegangen ist. Ein Blick auf 2024 zeigt eine noch alarmierendere Entwicklung: 18,9 Prozent mehr Lehrstellensuchende bei einem Rückgang der offenen Lehrstellen um 10,2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit junger Menschen unter 25 Jahren steigt damit das zweite Jahr in Folge stärker als im langjährigen Durchschnitt: 2023 plus 11 Prozent, 2024 plus 13,1 Prozent, somit auf 6,8 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Laut Wifo wird die Jugendarbeitslosigkeit auch weiter steigen, auf – geschätzt – 7,4 Prozent. Das heißt, viele Lehrstellensuchende finden keine Lehrstelle.

Doch was bedeutet die hohe Jugendarbeitslosigkeit konkret für unser Land? – Individuelle Folgen für die Jugendlichen: Arbeitslosigkeit schwächt das Selbstwertgefühl und führt zu Stress, Angst und Depressionen bis hin zu körperlichen Beschwerden wie Schlafstörungen oder Herz-Kreislauf-Problemen. Die Langzeiteffekte: Wer jung arbeitslos wird, hat ein erhöhtes Risiko, dauerhaft in prekäre Beschäftigung oder in die Langzeitarbeitslosigkeit abzurutschen, mit negativen Folgen für Einkommen, Lebensqualität und Zukunftsperspektiven.

Was sind aber die sozialen Auswirkungen? – Isolation und Stigmatisierung: Der Verlust von Struktur und sozialen Kontakten führt nicht nur zu Vereinsamung bei den Jugendlichen selbst, sondern auch zu Problemen im familiären Umfeld.

Das Armutsrisiko: Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit sind stärker von Armut bedroht, was auch deren Kinder durch geringere Bildungschancen oder eingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben betrifft.

Auch die wirtschaftlichen Folgen gehören angesprochen: Jede nicht genutzte Arbeitskraft fehlt der Wirtschaft, dem Staat entgehen Steuern und Sozialabgaben, während gleichzeitig die Sozialausgaben weiter steigen.

Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Vertrauensverlust – steigende Jugendarbeitslosigkeit untergräbt das Vertrauen in die Politik und kann zu Radikalisierung führen.

Frau Minister, wir brauchen eine Kehrtwende. Lehrstellen müssen attraktiv gefördert werden, gerade dort, wo ein Facharbeitermangel besteht. Der Fokus soll aber auf die betriebliche Ausbildung gelegt werden, denn dort lernen die Jugendlichen die Fähigkeiten für ihre weitere berufliche Laufbahn, und ein Großteil der Ausgelernten kann auch in den Betrieben weiterarbeiten, was den Arbeitsmarkt deutlich entlastet. Die überbetriebliche Ausbildung soll daher nur als Rettungsschirm gesehen werden. Die Aus- und Weiterbildung muss ausgebaut werden.

Mehr Lehrstellen im öffentlichen Dienst müssen geschaffen werden. Da spreche ich vor allem die Bürgermeister an, denn auf den Gemeindeämtern wäre auch ein guter Start dazu, in den Regionen Lehrlinge aufzunehmen. Wer heute junge Menschen ausbildet, begleitet und fördert, stärkt morgen unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Doch im vorliegenden Belastungsbudget fehlen die notwendigen Schritte, die dringend benötigte Kehrtwende ist nicht erkennbar. Ersichtlich ist nur, dass die betriebliche Lehrstellenförderung eingefroren ist. Daher fordere ich die gesamte Bundesregierung auf: Investieren Sie in unsere Jugend, investieren Sie in unsere

Zukunft, denn wer heute spart, spart an der Zukunft unseres Landes! – Danke.

(Beifall bei der FPÖ.)

17.07

Präsident Dr. Walter Rosenkranz: Als Nächster zu Wort gemeldet: Herr Abgeordneter Silvan. Eingemeldete Redezeit: 4 Minuten. – Bitte, Herr Abgeordneter.